



LUPE

Zeitung
für Jugendliche



Nr.4

April 1977

Kernkraftwerke
Jugendzentrum
Abhöraffaire
Zensuren

Inhalt

Schule	
Kooperative Schule	3
Zensuren	11
Schulstrafe	22
Innenpolitik	
Kernkraftwerke	5
Abhöraffaire	7
Jungdemokraten: Der Rücktritt von Hanspeter Knirsch	10
Jugendverbände	
Brief der SchülerUnion	14
Brief des DJD-Landesvorsitzenden Thilo Schelling	15
Sexualethik	
Onanie	19
Relig.	
Die berufliche Erstausbildung	17
Rubriken	
Witz und Satire	9
Euer Wylly: Bau des Jugendzentrums in Arnberg	13
Impressum	2

Editorial

Lieber Leser,
wir haben unsere Erscheinungsweise geändert!
Die LUPE wird ab jetzt alle zwei Monate mit dem neuen liberalen Titelblatt (blau) erscheinen.
Auch der Leserkreis wird sich vergrößern.

LUPE erscheint jetzt auch in den Städten Meschede und Brilon. Die Auflage hat sich daher erhöht.
Wir bitten die neuen Leserinnen und Leser in Meschede und Brilon, den Aufruf auf Seite 13 zu beachten.

Die Redaktion

LUPE Zeitung für Jugendliche
Herausgeber:
Liberaler Schüleraktion der Deutschen Jungdemokraten, Kreisverband Hochsauerland

CHEFREDAKTEUR
Jürgen Klein
Am Sonnenufer 7, 5760 Arnberg 1

STELLV. des CHEFREDAKTEURS
Martin Kunert

REDAKTEURE
Thomas Jarck, Horst Kloppsteck,
Meinolf Loewe, Karsten Meinhardt,
Hans-Peter Schulte

Copyright für den gesamten Inhalt, soweit nicht anders vermerkt, by LUPE-Redaktion. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Druck: Budich-Druck, Bünde
Auflage: 3.000

Hinweis
Werbeanzeigen entsprechen nicht der Meinung der Redaktion. Sie dienen nur der Finanzierung unserer Zeitung.
Die Redaktion

Die nächste LUPE erscheint Anfang Juni. Redaktionsschluß für Heft 3/1977 ist der 20. Mai 1977.

Muß das Gymnasium bleiben?

Vor wenigen Tagen haben wir es gehört: Philologenverband und Landeselternschaft der Gymnasien wollen ein „Volksbegehren“ gegen die Kooperative Schule. Die CDU will ihren Namen nicht drunter setzen, aber ihre Mitglieder sollen dabei bereitwillig Hilfe leisten.“
Zweifellos brächte ein solches „Volksbegehren“ die Grtchenfrage mit sich, ob die sozialliberale Koalition in Nordrhein-Westfalen weiterbestehen kann. Und darum gehts!

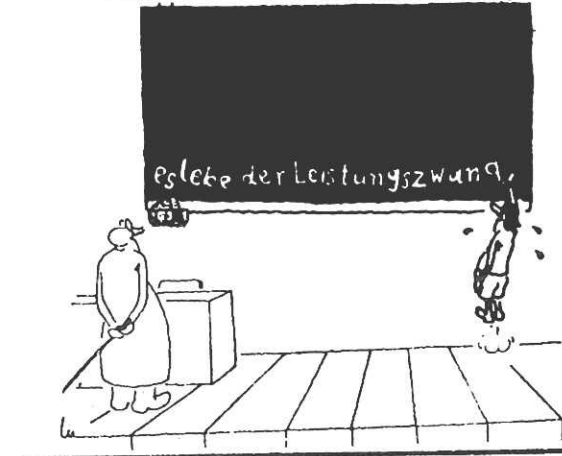
Daß es der CDU nur zweitrangig um diese Schule geht, zeigt schon die Tatsache, daß sie sie vor 5 Jahren noch selbst gefordert hat (um so die integrierte Gesamtschule zu verhindern). Um dieser Schule allein willen wäre auch ein Einsatz der Jungdemokraten vielleicht gar nicht so lohnend. Aber beim Streit um die Kooperative Schule geht es um mehr. Es geht um die bildungspolitische Wegerichtung für die nächsten Jahre: langsam vorwärts oder schnell rückwärts.

Integrierte Gesamtschule

Die Jungdemokraten mit ihrer Liberalen Schüleraktion (LiSA) vertreten seit Jahren die Ansicht, Daß die Integrierte Gesamtschule die beste Organisationsform für die Schuljahre 5-10 ist. Dieselbe Ansicht hat die F.D.P. auch in ihren heute noch gültigen „Stuttgarter Leitlinien zur Bildungspolitik“ vertreten (woran sie leider ständig erinnert werden muß, und das nicht zuwenig). Entscheidend für die Jungdemokraten war dabei die Ablehnung einer schon in der Schule vorprogrammierten Klassengesellschaft. Fein säuberlich wird heute im 10. Lebensjahr eines Kindes entschieden, was es sich in 20 Jahren auf dem Butterbrot leisten kann: die „Dummen“ (vornehm ausgedrückt: praktisch Begabten) in die Hauptschule, die „Mittleren“ in die Realschule und die „Intellektuellen“ (theoretisch Begabten) ins Gymnasium. Die integrierte Gesamtschule würde dagegen alle Schüler in einer Schule zusammenfassen, gleichzeitig aber alle bestehenden Schulabschlüsse weiter anbieten. Die notwendige Vielfalt

bliebe also erhalten und eine größere Durchlässigkeit käme hinzu.
Freilich genügt es nicht, nur die Organisationsform der Schule zu verbessern. Auf der letzten Landesdelegiertenkonferenz haben die Jungdemokraten einen umfangreichen „Lernzielkatalog“ vorgelegt, an dem sich demokratische Lerninhalte orientieren sollten. Die Lehrinhalte sollen eng an die eigene Erfahrung des Schülers anknüpfen und nicht rein theoretisch vermittelt werden. Beispiel: nicht erzählen „Demokratie ist, wenn man ...“ sondern Demokratie schon in der Schule einüben. Auch die Lehrmethoden sollen aus ihrer preußischen Tradition herausgeholt werden: nicht in engen Fächergrenzen unterrichten, sondern an Projekten orientiert die Fächergrenzen überschreiten. Beispiel: Kernkraftwerke Physik - technische Probleme Wirtschaft - Energieprobleme, Politik - welche Interessen stehen hinter den KKW's. Nur durch die Erfüllung dieser Forderungen würde die Schule ihrer Aufgabe gerecht werden können, die Schüler zur Demokratie zu erziehen. Daher haben die Jungdemokraten auch den Aufkleber „Gesamtschule -“

Schule der Demokratie hergestellt und verteilen ihn.



Wenn politische Ziele wie diese nicht erreichbar sind, muß man Zwischenschritte machen. Ein solcher Zwischenschritt kann die kooperative Schule sein. Mehrere kleine Anzeichen geben bei ihr Anlaß zu Hoffnung. Die schulformunabhängige Orientierungsstufe würde bewirken, daß der unwürdige Entscheidungszwang, auf welche Schule die Eltern ihr Kind denn jetzt schicken sollen, vom 4. ans Ende des 6. Schuljahres (vom 10. bis zum 12. Lebensjahr) verschoben wird. Ideal wäre zwar die Aufhebung

SCHULE IST SCHÖN!



des Entscheidungszwanges, aber immerhin wird er um 2 Jahre verschoben, in denen sich die Persönlichkeit des Kindes weiterentwickelt, nach denen sie relativ besser zu beurteilen ist. Die Kooperative Schule ermöglicht gemeinsame Lerngruppen von Haupt-, Real- und Oberschülern. Vorwiegend wird das wohl in Fächern wie Sport, Musik, Kunst u. ähnl. praktiziert werden. Eine klitzekleine Gelegenheit für die Schüler über die Schulwände hinweg Kontakte herzustellen. Die Schulübergänge von einer Schulform zur anderen werden r e l a t i v erleichtert. Das soziale Umfeld wird nicht gewechselt, man braucht nur über den Schulhof zu laufen. Andererseits bleibt natürlich die Schwierigkeit des vollkommen anderen Unterrichts, anderer Anforderungen, eines anderen Klimas. Die Schulleitung - gemeinsam für alle Schulformen - arbeiten kollegial, wie es die Jungdemokraten



seit langem fordern. Man teilt sich die Aufgaben von Verwaltung, Unterrichtsformen, Veranstaltungen, Stundenpläne u. a. Das sind die Vorteile der Kooperativen Schule. Nichtsdestoweniger muß man es als Hetze der Rechten bezeichnen - der F. D. P. Abgeordnete Hinrichs prägte das zutreffende Wort von der "Sportplatzatmosphäre" die geschürt wurde - wenn sie behaupten, das dreigliedrige Schulsystem werde abgeschafft. Leider nicht! Ab dem siebten Schuljahr bleibt es bei der alten Einteilung. Die zukünftigen Arbeiter, mittleren Angestellten und Führungskräfte werden weiter fein säuberlich in die Hauptschul-, Realschul- und Gymnasiumsabteilung eingeteilt, nur zwei Jahre später und auf demselben Gelände.

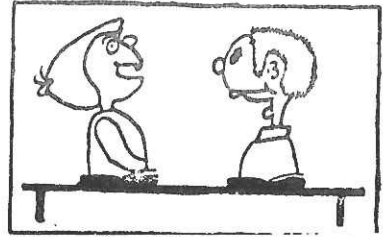
"Einheitsschule"

Die "Einheitsschule" besteht lediglich verwaltungstechnisch, Ein Gelände, eine Leitung, ein Kollegium, Fachräume, die von allen Abteilungen gemeinsam genutzt werden und das alles lediglich mit der Zielrichtung, das es billiger wird. Das die Kinder des Industriemanagers von Arbeiterkindern "infiiziert" werden, brauchen die über-



schichteltern gar nicht befürchten. die Einteilung in Abteilungen bleibt ja, Ständedünkel wird weiter bestehen können ("Mit dem darfst Du nicht reden" - braucht man auch nicht). Schließlich wird die Kooperative Schule durch den Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD/DFP nicht zwingend eingeführt, sondern nur gesetzlich ermöglicht. Die Kommunen können frei entscheiden, ob sie überhaupt eine Kooperative Schule anbieten. Es steht ihnen auch leider frei, sich zu weigern. Interessant ist auch eine Analyse der Struktur der Gegnerschaft der Kooperativen Schule: Es sind nicht "die Lehrer". Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der Verband

Bildung und Erziehung (VBE), eine eher konservative Vereinigung, die bei weitem größten Lehrerverbände, haben die Kooperative Schule im Grundsatz begrüßt. Der Philologenverband, also die Gymnasiallehrer, die meinen, sie seien eine bessere Sorte Pädagogen, und ein "Realschullehrerverband", von dem man vorher kaum etwas gehört hat, also eine verschwindende Minderheit der Lehrer



macht großen Wind. Es protestieren auch nicht "die Eltern". Die "Landeselternschaft der Gymnasien" kann sich kaum auf viele Mitglieder berufen. Die Mitgliedsbeiträge

lieber heute aktiv als morgen radioaktiv

Die Deutschen Jungdemokraten fordern den Baustopp und Genehmigungsstopp aller Atomkraftwerke. Weiterhin setzen wir uns für einen Exportstopp aller KKW's ein. In diesem Artikel findet ihr die wichtigsten Argumente gegen KKW's. **Ist Atomstrom billig?** Exakte Angabe über die Berechnung von Atomstrompreisen werden nirgendwo gemacht, man trifft nur immer wieder die Behauptung: "Strom aus KKW's sei heute schon um ein Drittel billiger als in Kohlekraftwerken erzeugte Elektrizität". Diese Behauptung ist in Anbetracht der für die Entwicklung der Kernenergie angewandten Gesamtkosten falsch. Die Kostrechnungen für ein Atomkraftwerk werden während des ungestörten vollaugelasteten Betriebes aufgestellt. Die Kosten

läßt sie über die Schule einsammeln, wie die Kirche die Steuern über den Staat.

Und dabei sind die Eltern von Real und Hauptschülern noch garnicht erwähnt worden. Deren Kinder hatten nämlich überwiegend Vorteile von der Kooperativen Schule. Diese kleinen Vorteile der Kooperativen Schule gilt es im Auge zu behalten. Sie schafft organisatorische Voraussetzungen, mit denen es kein Sprung ins kalte Wasser wäre, die integrierte Gesamtschule einzuführen. Schließlich geht es bei der Kooperativen Schule auch um die Entscheidung über die zukünftige Bildungspolitik. Wird sie verhindert, gibt es in nächster Zeit keine Reform unseres Schulsystems in Richtung auf Verwirklichung von Chancengleichheit mehr. Wird sie durchgesetzt, bleibt bildungspolitischer Fortschritt möglich.

für die Werbung für den billigen Atomstrom, für den Abbau von KKW's für eventuelle Störfälle und Folgeschäden für den Transport, Entladung und Wiederaufbereitung des Mülls sind in den Kosten rechnerisch nicht enthalten.

Energielücke und KKW's

Zur Zeit der "Ölpreiskrise" wurde der Bau von KKW's forciert. Man wollte somit von Drittländern unabhängig sein. Die Energiegewinnung aus Kernspaltung wurde als Ausweg aus der Energiekrise angepriesen. Also: Elektrizitätswirtschaft und



Atomindustrie planten, unterstützt von der Bundesregierung, die Energieversorgung schwergewichtig zu verlagern. Man behauptet, daß durch KKW's unsere zukünftige Energieversorgung gesichert sei, und daß wir somit nicht länger von anderen Ländern abhängig sind. Die KKW's brauchen Uran als Brennstoff. Wir wissen, daß die BRD und Europa über keine nennenswerten Uranvorräte verfügt. Wir sind also wieder von Drittländern abhängig. Nach einigen Schätzungen sollen die Uranvorräte nur noch dreißig bis fünfzig Jahre reichen.

Radioaktivität und Umwelt



Die Atomkraftwerke und der Kernbrennstoffzyklus erzeugen ein langfristiges Gefährdungspotential. Die Emission von Radioaktivität ist unvermeidlich. Daß durch Kernspaltung Schadstoffe künstlich erzeugt werden, ist im Gegensatz zu allen anderen industriell erzeugten Schadstoffen durch kein technisches Mittel beseitigt werden können, darf nicht außer Acht gelassen werden. Die Bedenken gegen die Erzeugung großer Mengen hochradioaktiver Spaltprodukte sind vielfach von unabhängigen Wissenschaftlern geltend gemacht worden und bestehen nach wie vor.

Abgabe von Radioaktivität an die Biosphäre ist besonders gefährlich, weil die meisten Sinnen nicht wahrnehmbaren radioaktiven Stoffe nicht in der Natur verdünnt oder abgebaut werden, sondern im Wasser, in der Luft und im Boden kumulieren, zudem können radioaktive Stoffe weitere Parti-

Radioaktivität und medizinische Schäden

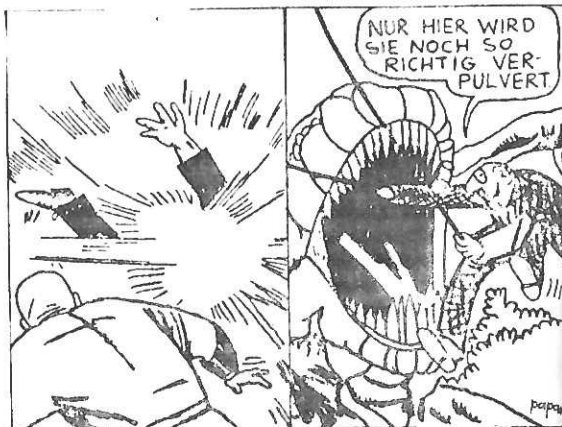
Der Mensch ist sowohl durch äußere radioaktive Strahlung, die direkt nach der Emission eingeatmet wird, als auch die von innen wirkende Strahlung, die über die Nahrungskette in den Körper gelangt, bedroht. Die radioaktiven Stoffe Strontium 90 und Jod 131, die in der menschlichen Körper gelangen, erzeugen Krebs, Leukämie und Erb-schäden.

Unfälle

Unfälle können bisher in keinem KKW mit Sicherheit ausgeschlossen werden. Unfälle sind bis jetzt in allen KKW, die in der Welt in Betrieb sind, vorgekommen. Der TMI (Tribblet Accident) (Unfall) hat katastrophale Folgen für das Leben und die Gesundheit der Menschen in großen umliegenden Regionen. Der Boden der Umgebung ist nach einem solchen Unfall für Jahrhunderte verseucht und das Gebiet darf nicht mehr bewohnt werden.

Die Leser dieser Zeitung sind alle betroffen, weil in unserer direkten Nähe in Hamm-Schönehausen, Schöneberg-Nord und Lipstadt-Ost Atomkraftwerke gebaut werden oder geplant sind. Darum:

KÄMPFT MIT DEN DJD UND DEN BÜRGERINITIATIVEN GEGEN DIE ATOMKRAFTWERKE!



Der Rechtsstaat und sein Minister

Bei der Abhöraktion gegen den Atomwissenschaftler Dr. Traube handelt es sich um einen Fall von Verfassungsbruch. Viele Politiker meinen, Bundesinnenminister Werner Maihofer

sei an die Grenzen des Rechtsstaats gegangen, um ihn zu schützen. Doch die Grenzen wurden überschritten. Der Rechtsstaat wird von seinen Vertretern zu Tode geschützt.

Die politische Landschaft in der Bundesrepublik wurde durch neue Turbulenzen erschüttert. Nach Brokdorf und den Demonstrationen gegen Kernkraftwerke und Atom-mülldeponien nun der Fall Maihofer/Traube oder besser: Maihofer/Meier/Traube, wobei Maihofer und Meier den aktiven Part übernehmen, der Atomwissenschaftler Dr. Traube den des Betroffenen.

Es ist merkwürdig, was sich da in diesem Fall abspielt. Ein Minister, der erst nachträglich von dem "Lauschangriff" auf den Atomwissenschaftler Traube gewußt, dann aber wiederum die Maßnahme selbst genehmigt haben will, ja der sich gar um die Verantwortung für den Verfassungsbruch reißt.

Was war geschehen? Beamte des Kölner Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) waren in der Nacht vom 1. zum 2. Januar 1976 mit Hilfe des Bundesnachrichtendienstes (BND) in die Wohnung des Atomwissenschaftlers Dr. Klaus Traube in Overath-Marialinden eingedrungen und hatten dort eine "Wanze" (Verfassungsschutzjargon für Lauschmittel) angebracht, nachdem es bereits seit Wochen das Telefon abhörte und



„Man muß ihn halt ein bißchen rumnagen lassen, damit die Zähne gesund bleiben“

die Post kontrollierte. Artikel 13 des Grundgesetzes stellt fest:

- (1) Die Wohnung ist unverletzlich.
- (2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet, und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
- (3) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung

von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Der Grund für das Vorgehen des Verfassungsschutzes: Dr. Traube pflegte den Kontakt zu der Frankfurter Rechtsanwältin Hornischer, diese wiederum zu dem terroristischen Kreisen zugehörigen Hans-Joachim Klein, der über diese Verbindung auch ein paarmal in die Wohnung des Atomwissenschaftlers kam.

Von diesem Einbruch des Verfassungsschutzes nun hatte das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" die entsprechenden Unterlagen aus dem Bundesamt zugespielt bekommen und deren Inhalt, wie wir meinen durchaus ver-

antwortungsbewußt handelnd, veröffentlicht.

Der Verfassungsschutz hat also die Verfassung gebrochen, um die Verfassung zu schützen.

Zu rechtfertigen ist diese Maßnahme nicht.

Die im Artikel 13 Absatz 2 und 3 des Grundgesetzes vorgesehenen Einschränkungen treffen

Ein liberaler Politiker?

Von Horst Kloppsteck

Nach Kreuth und dem Rentendebakel hat nun auch der Fall Maihofer/Traube das Vertrauen der Bevölkerung zu unseren Spitzenpolitikern - in diesem Fall zu einem mit sehr hohem rechtsstaatlichen und liberalen Anspruch - nachhaltig erschüttert.

Werner Maihofer hat gegen seine eigenen Prinzipien und gegen geltendes Recht verstoßen.

Regierungsfractionen und Opposition halten still, der Kanzler und sein Kabinett versuchen zu vertuschen.

Die Mehrheit der Bevölkerung hält Maihofers Verhalten für richtig, nur engagierte Demokraten sind betroffen. Hier liegt die eigentliche Gefahr: die Regierung richtet sich an der Mehrheit der Bevölkerung aus, ohne zu beachten, daß ihre Unglaubwürdigkeit besonders jüngere Menschen davon abhält, sich politisch zu engagieren. Dabei kann man für

Maihofers Verhalten - Billigung der Abhöraktion - unter Umständen ein gewisses Maß an Verständnis aufbringen, geht man davon aus, daß es etwas anderes ist, ob man theoretisch über Rechtsstaatlichkeit nachdenkt oder ob man in einer konkreten Situation an verantwortlicher Stelle entscheiden muß, wie man einer gegenwärtigen oder vermeintlichen Gefahr begegnen will.

Das eigentliche Versagen Maihofers liegt sicherlich darin, daß er nach der Aufdeckung seines Fehlverhaltens nicht bereit war, sein eigenes Verhalten mit seinen eigenen liberalen Maßstäben zu überprüfen. Dann hätte er erkennen müssen, daß wieder ein Schritt vom Rechtsstaat weg zum totalitären Staat hin getan worden ist.

Warum sind Politiker nicht bereit, ihre eigenen Fehler zuzugeben - es würde sie den Bürgern sicherlich näher bringen.

im Fall Traube nach Lage der Dinge nicht zu. Und wenn dies der Fall gewesen wäre, so wären nur "die im Gesetz genannten Organe" berechtigt gewesen, "in der dort vorgeschriebenen Form" einzugreifen. Die im Gesetz genannten Organe sind namentlich Polizei und Staatsanwaltschaft, die grundsätzlich auch nur mit richterlicher Genehmigung hätten eingreifen können, es sei denn bei Gefahr im Verzuge, wo sofort gehandelt werden kann. Doch ist es fraglich, ob ein Richter für eine solche Aktion eine Genehmigung erteilt hätte.



Felix Kämmer Adresse Aus: "Tagesspiegel"

Fest steht also: Rechtsbruch liegt vor. Und in Bonn halten die Parteien ruhig. Sie sind der Meinung, für die Öffentlichkeit gehe Sicherheit sowieso vor Freiheit. Man will die Ausweitung des Skandals verhindern. So wurde des Ministers Verhalten von den Regierungsparteien absegnet, der Minister, der offenbar gar nicht Herr der Lage war, was er aber immer darzustellen versuchte, stellte sich vor seinen Verfassungsschutzchef Meier und auch die Opposition verhält sich auffallend ruhig. Sie sieht das eigentlich Gefährliche an dem Fall in der Weitergabe der

Akten an den "Spiegel". Ein seltsames Demokratie- und Rechtsverständnis, das hier offenbar wird.

Doch was noch schlimmer ist: auch die Öffentlichkeit bleibt ruhig.

Das Grundrecht eines Bürgers ist verletzt, daran ist nichts mehr zu ändern, doch muß man nun fordern, daß die demokratischen und rechtsstaatlichen Normen der parlamentarischen Demokratie angewandt werden.

Dies sind zuerst der Rücktritt des verantwortlichen Ministers (gleich, ob er die Aktion des Verfassungsschutzes angeordnet hat oder nicht) und die Entlassung des BfV-Präsidenten Meier.

Beide, Maihofer und Meier, haben mit der Genehmigung beziehungsweise Anordnung der BfV-Maßnahme auch einen Streifzug durch das Strafgesetzbuch gemacht. Paragraph 123 des Strafgesetzbuches lautet:

(Hausfriedensbruch)

(1) Wer in die Wohnung, in die Geschäftsräume oder in das befriedete Besitztum eines anderen oder in abgeschlossene Räume, welche zum öffentlichen Dienst oder Verkehr bestimmt sind, widerrechtlich eindringt, oder wer, wenn er ohne Refugnis darin verweilt, auf die Aufforderung des Berechtigten sich nicht entfernt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.
(2) Die Tat wird nur auf Antrag verfolgt.

Würde der betroffene Dr. Traube Strafantrag stellen, so dürfte man Zweifel haben, ob der dann wohl zuständige

laubit.

Der Verfassungsschutz braucht hierzu nur einen entsprechenden Antrag an den Bundes-



"Gut waschen bitte, aber ja nicht naßmachen"

Zeichnung: Heitzinger, TZ

Generalbundesanwalt Anklage erheben würde.

Übrigens, das erwähnte Abhören des Telefons und die Kontrolle der Post ist nach dem sogenannten "Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post-, und Fernmeldegeheimnisses", kurz G 10-Gesetz, er-

minister des Innern zu richten, der sich seinerseits vor einem Bundestagsgremium verantworten muß.

Also ein legales, aber - rechtsstaatlich gesehen - doch auch sehr fragwürdiges Verfahren.

Martin Kunert

Witz und Satire



Wissenschaft gegen ZENSUREN



Ein Lehrer: "Noten sind mein wirksamstes Disziplinierungsmittel." Der Lehrer hat recht. Schlechte Noten ziehen Bestrafung nach sich:

- man bekommt nicht den gewünschten Stellenplatz
- man hat weniger Chancen bei einer Bewerbung um einen guten Job
- man hält sich selbst für einen Versager.

Die Lernforschung hat aber eindeutig nachgewiesen:

- Zensuren produzieren Angst



- Angst hemmt die Leistungsfähigkeit
- die Schüler werden untereinander zu Konkurrenten
- die Solidarität wird zerstört
- Unsicherheit und Orientierungslosigkeit (zu deutsch: Antriebskriecherei) werden erzeugt.

Die Zensurenregelung sollte folgenden Ansprüchen genügen:

- der Schüler soll anhand der Zensuren nachprüfen können, ob er den vermittelten Stoff verstanden hat und anwenden kann



- beurteilt derselbe Lehrer dieselben Aufsätze anders, als sie ihm nach vier Wochen erneut vorgelegt wurden,
- beurteilten verschiedene Deutschlehrer denselben Aufsatz mit Noten zwischen 1 und 6 beurteilten
- stellt sich heraus, daß bei Lieblingsschülern häufig Fehler übersehen werden - auch bei Mathematikarbeiten. Das ist eine in der Psychologie längst vertraute Erscheinung, wenn man einen Menschen für qualifiziert hält, übersieht man gern Fehler, "weil nicht sein kann, was sein darf". Das heißt: Noten sagen wenig über die Qualifikation des Schülers aus! Vielleicht wird man eines Tages Zensuren ersatzlos streichen. Aber auch dann wird es nötig sein

Der Rücktritt des Judo-Bundesvorsitzenden

Hanspeter Knirsch, Rechtsreferendar, war erst am Anfang des Jahres von der Bundesdelegiertenkonferenz mit der denkbar knappen Mehrheit von einer Stimme zum Bundesvorsitzenden der Deutschen Jungdemokraten wiedergewählt worden.

Am 3. April 1977 trat er zurück! Warum? Der Grund hierfür war der am seltenen Tage in Ringen vom Bundeshauptausschuß der Jungdemokraten gefaßte Beschluss, im "Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" mitzuarbeiten, an dem sich auch kommunistische Gruppen beteiligen.

Knirsch war zur Zusammenarbeit mit dem Komitee nur bei Erfüllung gewisser Bedingungen bereit. Eine dieser Bedingungen war die Forderung der Jungdemokraten, bei den von dem Komitee geplanten Abrüstungsdemonstrationen auch je einen Sprecher der Jungdemokraten stellen zu können.

Diese Forderung wurde vom Komitee abgelehnt. Daraufhin trat Knirsch zurück, da sich der Bundeshauptausschuß trotzdem zur Zusammenarbeit entschloß. Also nicht die Mitarbeit der Kommunisten ist der Grund, wie vielerorts gemeint wird.

Auch wenn der Bundesvorsitzende der Freien Demokraten, Hans-Dietrich Genscher, meint, es könne für Liberale keine Kooperation mit Kommunisten geben, so gilt dies für Jungdemokraten nicht. Die Jungdemokraten sind ein selbständiger Jugendverband. Ihre Forderungen können durchaus mit denen von Kommunisten gleich sein.

Der Bundeshauptausschuß wählte zum neuen Bundesvorsitzenden Detlef Ommen, der die Verhandlungen mit dem Komitee weiterführte. Der Beschluß der Jungdemokraten zur Zusammenarbeit mit dem "Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" bleibt aufrechterhalten. Jedoch wird nicht mitdemonstriert. Das Komitee lehnt es nach wie vor ab, Sprecher der Jungdemokraten zuzulassen. Schade!

Mit Knirsch gingen auch seine beiden Stellvertreter, Michael Kleff und Gerhard Schorr.

Wir wünschen dem neuen Bundesvorsitzenden Detlef Ommen von dieser Stelle aus für seine Arbeit viel Erfolg!

Martin Kuner

Wurfanker gegen Kernkraftwerke

Gewalttäter beeinträchtigen die Arbeit der Bürgerinitiativen.

Wenn ein Mehr an Sicherheit ein Weniger an Freiheit bedeutet, kann man nur hoffen, daß man uns nicht bald die totale Sicherheit garantiert.

Dieter Hoss

Unter die Atomkraftwerksgegner mischen sich immer mehr Gewalttäter - die schweren Auseinandersetzungen in Großheide haben wieder gezeigt, daß bestimmte Gruppen versuchen, die mit guten Gründen gegen Kernkraftwerke demonstrierenden Bürgerinitiativen vor ihren Karren zu spannen.

Wer gegen den leichtfertigen Umgang mit dem Bau von Kernkraftwerken wirkungsvoll protestieren will, muß diese Aktionen verurteilen. Denn abgesehen von der Illegalität dieser Aktionen arbeiten sie den Befürwortern von Kernkraftwerken in die Hände. Denn wie einfach ist es für einen Energiepolitiker, unter Hinweis auf radikale Demonstranten, berechnete Einwände vom Tisch zu fegen.

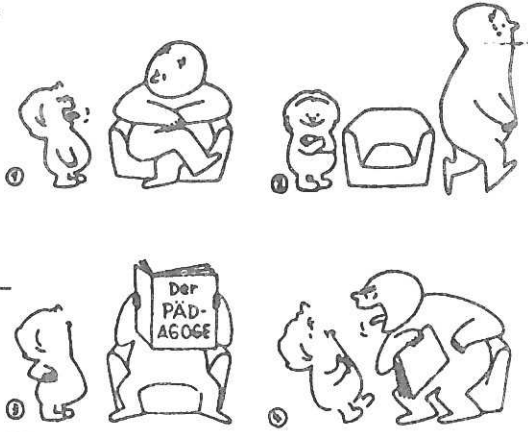
Nur durch sachliche Argumente kann man eine sachliche Auseinandersetzung erreichen und somit dazu beitragen, daß die keinenfolge wieder richtig gerückt wird: Umweltschutz vor Wirtschaftswachstum.

Horst Kloppeck

- dem Schüler Möglichkeiten zur Selbstkontrolle seines Lernerfolges zu geben
- dem Lehrer Möglichkeiten zur Überprüfung der Wirksamkeit seiner eigenen Unterrichtsmethoden zu geben
- bei Bewerbungen eine sinnvolle Auswahl zu treffen.

Selbstkontrolle für den Schüler/Lehrer

Leistungskontrolle durch den Schüler und Lehrer kann ohne Zensuren vor sich gehen. Zwar sollten weiterhin "Klassenarbeiten" geschrieben werden. In diesen Arbeiten sind objektive Fehler (z.B. Rechenfehler, Grammatikfehler) weiterhin anzustreichen - aber die bewertende Zensur ist völlig überflüssig. Jeder Schüler kann sich anhand der angestrichenen Fehler selbst einschätzen. Die Bewertungskriterien des Lehrers sollen bekannt gegeben werden. Sie müssen unbedingt in der Klasse diskutiert werden. **ALSO:** Bewertungskriterien auf den Tisch! Sie müssen durch vernünftige Argumente der Schüler veränderbar sein.

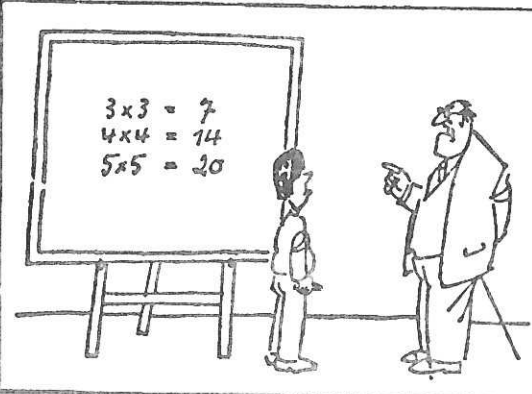


einem Ausbildungsschwerpunkt wird. Der Wert psychologischer Eignungstests ist gegenwärtig noch zu umstritten, als daß man hiervon die Lösung des Ausgangsproblems erwarten könnte. Was kann man hier und jetzt schon machen?

Die Offenlegung der Bewertungskriterien und ihre Veränderbarkeit durch die Schüler ist auch heute - bei praktischer Zensurengung - wichtig. Fordert die Lehrer auf, vor einer Klassenarbeit zu sagen, worauf es ankommt und welche Bewertungskriterien angewendet werden. Wie sollte es sein?

Auch in der demokratischen Schule der Zukunft werden Jahreszeugnisse ausgegeben, die dann allerdings keine Zahlensammlung mehr sind. Vielmehr sollte darin beschrieben werden, inwiefern Lernziele ganz oder gar nicht erreicht wurden. Bewertet werden dabei:

- a) Umfang der Kenntnisse und Fertigkeiten
- b) die Fähigkeit, das erworbene Wissen in Zusammenhänge einzuordnen und zu überschauen
- c) die Fähigkeit, Probleme zu erkennen, Fragen zu stellen, sie kritisch zu durchdenken, sowie Antworten und Lösungen zu finden
- d) die Fähigkeit zur Zusammenarbeit.



„So wird einem jeden Studienplatz bekommen, höchstens einen Posten bei der Kontrolle für Studienplatzvorgabe in Dortmund!“

Bewerbungen
Zweckmäßiger wären Aufnahmeprüfungen, in denen weniger Faktenwissen abgefragt wird, als vielmehr getestet werden sollte, wie sich der Bewerber in konkreten, berufsbezogenen Situationen verhält. Auch könnte während einer Probezeit ermittelt werden, ob der Bewerber über die notwendigen Qualifikationen verfügt. Natürlich stützt ein solches reformiertes System voraus, daß in der Schule das praxisbezogene Lernen (z.B. Erlernen technischer Fertigkeiten) zu



LUPE ist die Schülerzeitung der Liberalen Schüleraktion der Deutschen Jungdemokraten im Hochsauerlandkreis.

Nachdem wir mit der Zeitung bereits seit einem Jahr in Arnsberg erscheinen, wollen wir sie nun auch auf die Städte Brilon und Meschede ausdehnen.

Statt bisher alle drei Monate wird die LUPE künftig in Abständen von zwei Monaten erscheinen. Aufgrund der Erweiterung unseres Leserkreises haben wir die Auflage von bisher 2000 auf 3000 Stück je Ausgabe erhöht.

Was wollen wir mit der LUPE erreichen? Unser Anliegen ist es,

den Schülern Informationen zu Problemen unserer Zeit zu geben, aber natürlich auch zu den ganz speziellen Themen (z. B. Schülerrecht, Numerus clausus usw.), die sie beschäftigen.

Wir wollen aber auch über Mißstände an den einzelnen Schulen berichten. Hierzu ist es notwendig, auch an den Schulen in Brilon und Meschede Lokalredaktionen zu bilden.

Liebe Mescheder und Briloner Schülerinnen und Schüler!

Wir rufen Euch daher auf, an unserer Zeitung mitzuarbeiten. Wer Interesse hat, wende sich bitte an folgende Kontakt-

adressen:
Hans-Peter Schulte
Mühlenberg 21
5778 Meschede 3

Karl Pätzel
Röhlenstr. 4
5790 Brilon 12

Ihr könnt Euch selbstverständlich auch an die auf der Rückseite angegebene Adresse wenden.

Wir hoffen Auf Eure Bereitschaft zur Mitarbeit!

Die Redaktion

Kämpft für das Jugendzentrum

Warum, so frage ich mich, sollte es sich die Stadt Arnsberg nicht leisten können, das Haus der offenen Tür ganz in die Regie von Jugendgruppen zu geben.

Warum sollen Jugendliche nicht das tun, wozu sie Lust haben: Tee trinken, spielen, Musik machen, Filme drehen, Feste feiern ohne Zwang, Aufsicht und Kontrolle?

- Lehrlinge über ihre Ausbildungsprobleme sprechen können;
- Schüler von Lehrlingen erfahren, was im Beruf auf sie zukommt;
- Jugendliche mit anderen zusammen überlegen, was man gegen die hohen Mieten in Neheim-Moosfelde unternehmen könnte?

Befürchtet die von

CDU-Parteigängern dominierte Verwaltungsspitze etwa, daß Jugendliche in einem selbstverwalteten Jugendzentrum aus den angeblich so festgelegten Bahnen des Lebens in der Gesellschaft aussteigen:

- Achtstundentag,
- Überstunden für Frau, Stube und Farbfernseher,
- abends Kneipe,

SCHÜLER

Offener Brief

An den Landesvorsitzenden
der JUNGDEMOKRATEN

Herrn

Thilo Schelling

c/o FDP-Landesgeschäftsstelle

Sternstraße

4000 Düsseldorf

Eingegangen

- 4. FEB. 1977

Max-Eyth-Straße 1

4600 Dortmund 1, 2. Februar 77



Sehr geehrter Herr Schelling!
Auf der Landesdelegiertenkonferenz Ihrer Organisation am 23./24.1.77 haben Sie sich zu der Zusammenarbeit mit anderen politischen Gruppen geäußert und ausgeführt, daß Jungdemokraten zwar mit Kommunisten zusammenarbeiten, mit den Jung-Konservativen im Land aber nichts gemeinsam haben wollen. In den praktischen Arbeitsfeldern vor Ort könne man feststellen, daß die Kommunisten stets auf eine Erweiterung der Rechte der Betroffenen abzielen. Die Konservativen dagegen wirkten hier und heute auf einen steten Abbau unserer Rechte hin.

Da wir den politischen Standort Ihres Verbandes kennen, zeichne ich Sie auf folgendes hinweisen:
Die heiligt eine Organisation, die auf dem Boden der freien Grundordnung steht, lehnt jegliche Kollaborationen prinzipiell ab. Offensichtlich haben es die se jetzt auch den Jungdemokraten Volksfrontbündnisse Die schalen-Lippe einzureden.
Jungdemokraten hiermit die gemeinsame Basis der demokratischen Jugendverbände verlassen haben und in Zukunft mit Verfassungsgegnern paktieren wollen.
Damit sind SCHÜLER UNION und JUNGE UNION die einzigen Jugendorganisationen, die sich eindeutig und offensiv für die Verfassung einsetzen. Auf die Dauer besteht die ernste Gefahr, daß das Spektrum der politischen Jugendorganisationen verengt wird und sich die Jugend durch die Polarisierung zwischen Demokraten und Systemveränderern verschreckt vermehrt dem Trend zur politischen Apathie anschließt.
Sinnvolle politische Jugendarbeit kann sich nur innerhalb eines demokratischen Pluralismus abspielen. Wir fordern deshalb die Jungdemokraten auf, dem linksideologischen Gedankengut eine Abfuhr zu erteilen und sich endlich durch ernsthafte Beiträge zur Verbesserung der Situation der Jugend für den politischen Meinungsbildungsprozeß zu qualifizieren. Die politische Realität hat wohl gezeigt, daß sich außer JUNGER UNION und SCHÜLER UNION kaum eine politische Kraft und schon gar nicht die Kommunisten um die Jugend bemühen. Während diese Genossen sich in Unkenrufen über unser Gesellschaftssystem ergehen, haben wir uns bemüht, angefangen vom SMV-Bereich bis zur Jugendarbeitslosigkeit konkrete Konzepte zur Verbesserung der Lage durchzusetzen. In diesem Sinne fordern wir Sie auf, ein eindeutiges Bekenntnis zur Verfassung abzugeben, die Zusammenarbeit mit Kommunisten zu unterlassen und endlich Bereitschaft zu konstruktiver politischer Arbeit zu zeigen.

Mit freundlichen Grüßen

Dirk-Uwe Klaas
(Dirk-Uwe Klaas,
SU-Landesvorsitzender)

Thilo Schelling

Landesvorsitzender
Deutsche Jungdemokraten

Dirk-Uwe Klaas
Schüler-Union Westf./Lippe
Max-Eyth-Str. 1
46 Dortmund



Wir Jungdemokraten finden die Schüler-Union ganz toll !

Wir finden ganz toll, daß wir völlig irrelevanter Haufen Gegenstand eines sympathischen, objektiven Zusammenarbeit-angebotes sind.
Wir finden es ganz richtig, daß die Schüler-Union wieder einmal eindeutig feststellt, welche Organisationen sich auf dem Boden unseres Grundgesetzes bewegen und damit eine politische Daseinsberechtigung haben.
Wir freuen uns, daß die Schülerunion in Stil und Wortwahl der guten alten deutschen Tradition treu geblieben ist und nicht diesen ganzen modernen Krimskrams übernimmt, daß in der Demokratie plötzlich jeder mitmachen darf.
Wir machen der Schüler-Union Mut, auch weiterhin die einzig relevante Interessenvertretung der Jugend zu sein. Wir bedauern auch, daß sich dies in Wahlergebnissen zur Landeschülervertretung und zu den Studentenparlamenten nicht niederschlägt, weil die Jugend zu dumm ist, dies zu erkennen.
Wir bewundern die Begeisterungsfähigkeit der Schüler-Union z.B. in Bot-trop bei den Klatschmärschen für Strauß auf dem SU-Kongreß. Wir sichern zu, daß wir uns in Zu-kunft auf dem Gebiet auch einmal üben werden.
Wir sind schon ganz kribbelig vor Erwartung, wann sich die Schüler-Union zu dem Schulmitwirkungsgesetzentwurf der CDU NRW äußert und klarstellt, daß sie nicht da-mit einverstanden ist, daß Schüler nur noch in Fragen des Schulwanderns mitreden sollen.
Wir sind auch dafür, die Vertretungsorgane der Schülerschaft SMV zu nennen. Der Gedanke, der hinter dem Begriff "Schülervertretung" = SV steckt, ist uns eben-falls suspekt.
Wir beharren weiterhin auf dem Standpunkt, der auf unserer LDK ausge-sprochen worden ist, daß sich unsere Bündnispart-ner durch ihr tägliches praktisches Tun selbst bestimmen, wenn uns dies auch dazu bringt, daß wir mit Systemveränderern, Bombenschmeißern, Revo-luzzern, Anarchos und anderen Untermenschen hier und da arbeiten müssen, weil die einzig entschie-denen demokratischen Kräfte, die sympathischen Jun-gen von nebenan rechts liegen gelassen werden.
Wir sind tief traurig, daß bei der Jungen Union und der Schüler-Union zur Zeit diejenigen das Sagen haben, die Dinge wie diesen "offenen Brief" fabrizieren und meinen, wir seien so dämlich, uns ernstlich damit zu befassen.
Aber demnächst finden wir Euch ganz bestimmt wirklich toll.

Thilo Schelling

Diskotheke, Fernsehen,
- später Kinder kriegen?

Beirchtet sie, daß die Arnberger Jugendlichen aufhören könnten, brave, strebsame, ordnungsliebende, gesetzbestreue Jugendliche zu sein?

Es scheint so, denn anders lassen sich die enormen Widerstände gegen ein selbstverwaltetes Jugendzentrum nicht erklären.

Zum Stand der Dinge: Nach zwei von der Stadtverwaltung initiierten Hearings wurde ein Arbeitskreis aus parteiunabhängigen Jugendlichen und Mitarbeitern der Jugendverwaltung gebildet, in dem die Innenausschussung der Räume und die neue Konzeption des neuen Jugendzentrums diskutiert werden soll. Inwiefern welche Rechte der Ausschuss hat?

Mit Billigung der im letzten Hearing anwesenden "Mittelschichtler" (Arbeiterjugendliche gehen sehr selten zu einem Hearing) spielte sich hier eine Gruppe in die Rolle von Berufsjugendlichen hinein, die zu wissen meint, wo es lang zu gehen hat. Hier nehmen Berufsjugendliche vorweg, was die Masse der Jugendlichen nur in einem Selbstorganisationsprozeß hätte lernen müssen.

Für die Stadtverwaltung war die Bildung dieses Arbeitskreises ein voller Erfolg:

- es ist ihr gelungen, die Opposition der Jugendlichen zu kanalisieren und ihre Kräfte auf einer Spielwiese (Arbeitskreis) zu binden;
- sie kann behaupten, sie habe bei ihrem Prestigebau auch Jugendliche an der Planung beteiligt, obwohl sie alle wichtigen Entscheidungen schon getroffen hat (Standortwahl, Einbeziehung in das Bildungszentrum).

Rechtsanwalt Taprogge, CDU-Stadtvertreter und Vorsitzender des Jugendwohlfahrtsausschusses (JWA), meint, es sei ohnehin selbstverständlich, daß die endgültige Entscheidung dem JWA und dem Rat der Stadt vorbehalten bleibe.

Die hier von Herrn Taprogge formell beschriebene Kompetenz erweist sich bei näherem Zusehen keineswegs als so selbstverständlich. Sie verdeckt - wie so oft - die wahre Abhängigkeit der Jugendpolitik von vorgeordneten staatlichen Einflußmaßnahmen.

Was tun? Was können nun Jugendliche tun, die nicht bereit sind, sich in ihrer Freizeit bevormunden zu lassen und sich nicht in Diskotheken und Kneipen durch Saufzwang ausbeuten lassen wollen?

Sie könnten die Situation der Jugendlichen in Arnberg untersuchen (Daten und Fakten über Jugendarbeitslosigkeit, Alkoholismus, Ausländerjugend, Jugendkriminalität, Mietpreise, Obdachlosigkeit von Jugendlichen).

Sie könnten versuchen, im Freundeskreis, in der Klasse, im Betrieb zu diskutieren, welche Anforderungen sie an ihr Jugendzentrum stellen.

Sie könnten die erhobenen Daten und Fakten und ihre Vorstellungen in die Öffentlichkeit tragen (Mal- und Fotowettbewerbe, Ausstellungen und Straßentheater in der Fußgängerzone, Flugblätter, Plakate etc.)

Sie könnten versuchen, ein Forum zu initiieren, wo Jugendliche ihr Konzept eines Jugendzentrums vortragen und die Stadtverwaltung aufgefordert wird, dazu Stellung zu nehmen.

Ob sich solche Jugendliche in Arnberg wohl finden lassen? Die Jungdemokraten werden sie unterstützen.

*Euer
Wylly*

Die berufliche Erstausbildung - Probleme und Wege ihrer Lösung

Eine Reihe von Hans-Peter Schulte

II. Teil

Im ersten Teil dieser Reihe haben wir die Interessen der Gewerkschaften und der Arbeitgeber an der Berufsausbildung darzustellen versucht.

In dieser Fortsetzung wollen wir uns weiter mit den Interessengruppen, insbesondere mit dem Standpunkt der Bundesregierung beschäftigen.

"Sie (die Arbeitgeber - Anmerk. d. Red.) bilden in erster Linie aus betriebswirtschaftlichen ökonomischen Gründen aus, wobei sie eher zu kurzfristig und zu betriebspezifisch orientiert sind und gesamtwirtschaftlich zu wenig Ausbildung vermitteln."

Winterhager

Weiterhin sagt Winterhager*), daß die Arbeitgeber oft gar nicht an einer qualifizierten Ausbildung interessiert sind und ebenso nicht an einer Allgemeinbildung der Erstauszubildenden, was sich in einer einseitigen beruflichen Ausbildung und Information, welche auf das Ausbildungsunternehmen bezogen ist, zeigt. Zum einen wird dieses eher ideologisch begründet. Durch eine gute Ausbildung sind emanzipatorische Tendenzen beim Auszubildenden möglich, die den "Systemerhaltungsbestrebungen" des Arbeitgebers wider-

sprechen. Auf der anderen Seite folgt eine ökonomische Begründung. Gut ausgebildete Arbeitskräfte sind unabhängiger und neigen eher zum wechseln der Arbeitsstätte. Außerdem kostet ihre Ausbildung den Betrieb mehr, denn der Auszubildende kann nicht produktiv eingesetzt werden.

Von Arbeitgeberseite wird dies jedoch ganz anders gedeutet:

- das System bringe gut ausgebildete Fachkräfte und eine berufliche Gesamtqualifikation einschließlich Berufserfahrung hervor;
- die berufliche Qualifikation sei ein zentrales Motiv;
- die berufliche Bildung muß nach wie vor berufliches Können und Berufserfahrung sichern.

Dies zeigt, daß ein Interesse der Arbeitgeber an der beruflichen Erstausbildung nur insoweit besteht, als dort fachspezifische Qualifikationen bzw. Fähigkeiten vermittelt werden, welche

teilweise noch in der Ausbildung (Forderung nach Sammlung von Berufserfahrung in der Ausbildung), aber spätestens nach der Ausbildung, sofort produktiv eingesetzt bzw. genutzt werden können. Dieses Interesse der Arbeitgeber erscheint, unter Beachtung des augenblicklich geltenden Wirtschaftssystems, legitim.

Aber auch das derzeitige Ausbildungssystem orientiert sich an diesen Interessen. Hierin liegen schon die Ansätze für ein grundsätzliches Problem, das aber erst später erwähnt werden soll.

Motive der Reform

Bis vor kurzem hat die Berufsbildung und somit auch die berufliche Erstausbildung innerhalb der Bildungs- und Gesellschaftspolitik eher ein Schattendasein geführt, was von den Verantwortlichen auch eingestanden wird

*Winterhager, Lehrlinge - die vergebene Majorität, Weinheim 1970

(Entwurf der Bundesregierung zum Berufsbildungsgesetz). Das Interesse der Bundesregierung an vorrangiger Berufsbildungspolitik wird einmal als Allgemeininteresse dargestellt, "weil einerseits der gesellschaftliche und technische Fortschritt die wirtschaftliche Zukunft und die soziale Sicherheit in hohem Maße von der Leistungsfähigkeit der beruflichen Bildung abhängt".

Andererseits hat aber auch der Staat das Recht auf Bildung zu garantieren und somit "ist der Anspruch des einzelnen auf Ver-

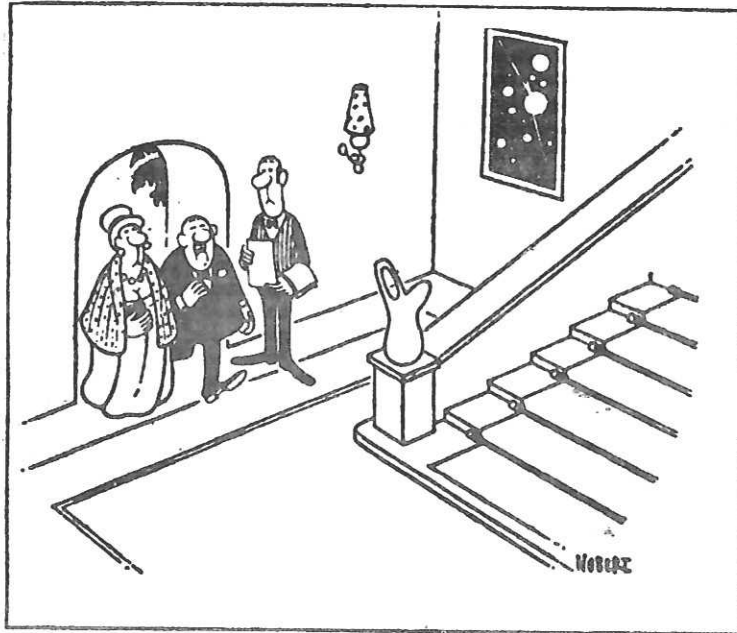
wirklichung seines Rechts auf Bildung und Selbstentfaltung Voraussetzung für die Weiterentwicklung der freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsform.

Die Darlegung des Allgemeininteresses an der beruflichen Bildung ist einleuchtend, denn veränderte Verfahren bzw. technischer Fortschritt muß eine Veränderung, d. h. eine Anpassung der beruflichen Erstausbildung zur Folge haben. Bedenkt man nur, daß unsere Wirtschaft immer mehr technisches 'Know How' exportiert, so muß auch der Staat ein großes Interesse an der

beruflichen Erstausbildung haben, denn sie ist Voraussetzung für die Entstehung solchen Wissens.

Mit dieser Darstellung stehen die Grundsätze des Staates fest, denn zur Erhaltung dieses Systems ist eine gesunde und expansionsfähige Wirtschaft nötig. Ebenso notwendig ist aber der Bürger als qualifizierte Arbeitskraft, dessen die Wirtschaft bedarf und ein durch Bildung und Ausbildung 'mündiger' Bürger, dessen die freiheitlich-demokratische Gesellschaft bedarf.

Fortsetzung im nächsten Heft



„Flughäfen für die MIBestimmung! Sowohl sind wir also schon gekommen.“

ONANIE? OH, NA - NIE!

DAS PROBLEM „SELBSTBEFRIEDIGUNG“ 1. FOLGE

- ① Ist das denn ein Problem? Das tut doch eigentlich jeder! Aber ob er es ohne ein schlechtes Gewissen zu bekommen tun kann, ist schon nicht mehr so klar. Und darin steckt das Problem.

Schaut man sich mal so an, wie über Selbstbefriedigung gesprochen und geschrieben wird, so überwiegen Bezeichnungen wie "schwere Krankheit", "mittelschwere Seuche", "schändliches Tun" und "unerfreuliches Zwischenstadium während der Pubertät". Auch die Fremdwörter für Selbstbefriedigung sind nicht so ohne: "Onanie" (wohl fälschlicherweise nach der Geschichte des Onan im AT, 1. Moses 38, 1-11) oder "Masturbation" (aus masturbare bzw. manu stur dare, d.h. sinngemäß "mit der Hand Schändliches treiben"). Offensichtlich wird Selbstbefriedigung gesellschaftlich als etwas Schlechtes, Schäd- und Schändliches, mindestens Unerfreuliches angesehen. Verdeutlichen soll das noch folgendes Zitat aus dem "Aufklärungs"buch: "Briefe an ein junges Mädchen" (Ein ärztliches Wort der Aufklärung und Mahnung für unsere weibliche Jugend, von Dr. med. Hans Hoppeler)

"Es gibt aber auch Fehlritte auf dem Gebiet der Sittlichkeit, die ohne Beteiligung eines Zweiten begangen werden. Es ist dies die Sünde wider den eigenen Leib, auch Selbstbefriedigung oder Onanie genannt, wobei die Betreffenden durch unstatthafte Berührungen, verwerfliche Körperhaltungen oder sonstwie ihre Geschlechtsorgane zu reizen versuchen. Leider ist diese Sünde bei jungen Leuten beiderlei Geschlechts stark verbreitet. Ihre Folgen sind zwar nicht immer so schwer, wie von manchen Schriften in wohlmeinender Absicht geschildert werden, aber doch bleiben bei Andauern der bösen Gewohnheit - die zu einer das ganze Sinnen und Tun beherrschenden Leidenschaft werden kann - körperliche und geistige Schäden nicht aus. Ich erwähne vor allem Herzklopfen, Schlaflosigkeit, mangelnden Appetit, nervöse Störungen aller Art, mangelnde Fähigkeit, die Aufmerksamkeit auf einen Gegenstand zu konzentrieren, Nachlassen des Gedächtnisses, Lebensüberdruß. Am schwersten wiegt aber der Schaden, den der Charakter durch Lähmung der Willenskraft und durch Überwucherung der Phantasie mit unreinen Bildern erleidet."

Vielleicht glaubt nun der eine oder andere, dies sei eine einmalige Stellungnahme. Dem ist durchaus nicht so! In vielen krichlichen Publikationen kann man sehr Ähnliches lesen. Gerade die Kirchen haben ein Interesse daran, Selbstbefriedigung negativ zu beladen. Dafür gibt es mehrere Gründe: 1. ist für die Kirchen Sexualität schlechthin mit dem Willen zur Fortpflanzung verbunden, 2. sind Menschen, die von Schulgefühlen geplagt werden (und das ist ja die Absicht dieser Strategie) leichter lenkbar und sicher eher gezwungen, um diese zu überwinden artig und folgsam zu sein, d.h. sie geraten in Abhängigkeit. Diese Begründungen gelten insbesondere für die Katholische Kirche (denke auch mal an die Funktion der Beichte!). Die Evangelische Kirche kann - dank fehlender Dogmen und Enzykliken zu diesem Bereich - ihr sicherlich genauso bestehendes Interesse nicht mehr durchsetzen, und ihre Vertreter haben es dadurch auch leichter, eine "normalere" Haltung gegenüber Sexualität und speziell Selbstbefriedigung einzunehmen.

Aber nicht nur die Kirchen als moralische Institutionen halten an der Negativbewertung der Selbstbefriedigung fest. Auch Eltern sind an deren Erhaltung beteiligt. Wenn sie ihre Tochter oder ihren Sohn beim Selbstbefriedigen "entdecken", werden sie in der Mehrzahl genauso verkleumt reagieren wie ihre Großeltern - oftmals nicht aus böser Absicht, sondern aus Unfähigkeit, anders zu reagieren. Diese Reaktionen aber können auf den Jugendlichen verheerende Wirkungen haben, z.B. ein gestörtes Gefühl für Sinnlichkeit, Schuldkomplexe, Verkleumungen und ähnliches mehr bis zu schweren psychischen Störungen.

Gibt es denn einen so dollen Unterschied zwischen Selbstbefriedigung und Geschlechtsverkehr mit einem Partner (auf das Problem Homosexualität gehen wir in einer der nächsten Folgen ein), daß man die Folgen der Selbstbefriedigung so dramatisch schildern kann, wie: Nachlassen des Gedächtnisses, Lebensüberdruß, Lähmung der Willenskraft, Schlaflosigkeit, mangelnder Appetit, Nachlassen der sexuellen Fähigkeit, Impotenz? Bei beiden Arten der Befriedigung sexueller Bedürfnisse gibt es für den Körper keinen Unterschied -, so daß die körperlichen Folgen doch auch die gleichen sein müßten. In beiden Fällen werden körperliche Reizungen bis zum Orgasmus erzeugt. Die aufgezeigten schlimmen psychischen Folgen stellen sich höchstens durch die Reaktion der Eltern, Kirchen und anderer ein, von denen der Jugendliche in seiner Selbstfindung abhängig ist. Einen Unterschied gibt es allerdings zwischen Selbstbefriedigung und Geschlechtsverkehr mit einem Partner: bei der Selbstbefriedigung geht die Zärtlichkeit und emotionale Befriedigung verloren, und deshalb sollte Selbstbefriedigung nicht die einzige Form der Befriedigung sexueller Bedürfnisse sein. Sie sollte den Verkehr mit einem Partner nie ganz ersetzen. Daß Selbstbefriedigung in unserer Gesellschaft sehr häufig nur eine Art "Ersatzbefriedigung" ist (denn den meisten Jugendlichen, die gerne mit ihrem Partner schlafen möchten, fehlen dazu die geeigneten Gelegenheiten), sollte man nicht aus dem Auge verlieren. In der Regel üben gerade in dieser tabuisierten "letzten" Frage Eltern, Lehrer, Kirchen etc. einen verheerenden Einfluß auf die Jugendlichen aus. Anstatt sie durch sachgemäße Aufklärung zu der (in der Regel) wohl befriedigsten Form der Sexualität zu ermuntern, wird häufig die Onanie noch gerade geduldet (wohl weil sie auch kaum kontrollierbar ist). Wir wollen jedoch an dieser Stelle nicht zu erwähnen vergessen, daß für einige Menschen die Selbstbefriedigung befriedigender ist als der Geschlechtsverkehr - besonders dann, wenn die "moralische" Unterdrückung so stark ist, daß diese die Möglichkeit nicht haben, ihre sexuellen und damit verbundenen emotionalen Bedürfnisse mit einem Partner zu befriedigen. Gerade sexuelle Befriedigung ist mehr als ein mechanischer Vorgang!

Facit: Selbstbefriedigung ist u n s c h ä d l i c h :

- ① Es ist wissenschaftlich erwiesen, daß Selbstbefriedigung völlig unschädlich ist. Wäre dies nicht so, so gäbe es auf der Welt fast nur noch Kranke. Dem Trieb, sich selbst zu befriedigen, nicht nachzugeben, ist weder eine moralische noch eine persönlichkeitsfördernde Tat. Krampfhaftige Enthaltungsversuche bereichern weder das Gefühlsleben noch die intellektuellen Fähigkeiten.

① Selbstbefriedigung ist f ö r d e r l i c h :

- ① Durch die Selbstbefriedigung lernt der Jugendliche seinen eigenen Körper besser kennen und akzeptieren. Er erfährt, wie er am besten auf den Höhepunkt seiner sexuellen Gefühle kommt. Dieses ist wichtig für den Geschlechtsverkehr mit einem Partner. Wissenschaftliche Forschungen haben

ergeben, daß ein Mensch, der während seines ganzen Lebens seine sexuellen Fähigkeiten durch Geschlechtsverkehr und Selbstbefriedigung beständig, sich diese Fähigkeiten und Freuden bis ins hohe Alter bewahrt. Was Spaß macht, sollte man tun. Vor allem, da bei dieser Bedürfnisbefriedigung - anders als bei vielen anderen - andere nicht geschädigt werden. Je befreiter von sinnlosen Schuldkomplexen die Sexualität ausgelebt werden kann, desto mehr ist der Mensch zur Sinnlichkeit, Harmonie und Zärtlichkeit fähig. Sexualverbrechen kommen oft aus sexueller Verkleumtheit heraus zustande!

o o o o o o o o o o o o o o o o o
Einige Bemerkungen in eigener Sache:

- Es ist zu erwarten, daß dieser Artikel nicht nur auf Begeisterung stößt, sondern daß - wie oben benannt - alle gesellschaftlich rückschrittlichen Kräfte in einen gemeinsamen Schrei der Empörung ausbrechen werden: - wir verdürben Kinder! (Diesen Kindern empfehlen wir folgende Literatur:
BELL, Robert R.: Voreheliche Sexualität. rororo Nr. 8009, DM 2,80
BRODERICK, Carlfred B.: Kinder- und Jugendsexualität. Sexuelle Sozialisierung. rororo Nr. 8005, DM 4,80
HAENSCH, Dietrich: Repressive Familienpolitik. Sexualunterdrückung als Mittel der Politik. rororo Nr. 8023, DM 3,80
KENTLER, Helmut: Sexualerziehung. rororo Nr. 8034, DM 5,80
MASTERS, W.H./JOHNSON, V.F.: Die sexuelle Reaktion. rororo Nr. 8032, DM 4,80
PFÜRTNER, S.H.: Kirche und Sexualität. rororo Nr. 8039, DM 6,80
SCHOFIELD, Michael: Das sexuelle Verhalten junger Leute. rororo Nr. 8017, DM 4,80
SCHWENGER, Hannes: Antisexuelle Propaganda. Sexualpolitik in der Kirche. rororo Nr. 8020, DM 2,80
PLACK, Arno: Die Gesellschaft und das Böse. Eine Kritik der herrschenden Moral. München 11/1974, List-Verlag, DM 18,-
COMFORT, Alex: Der aufgeklärte Eros. rororo Nr. 6637, DM 3,80
McBRIDE/FLEISCHHAUER-HARDT: Zeig Mal! Wuppertal 1974: Jugenddienst, DM 18,-
CLAESSON, Bent H.: Sexuelinformation für Jugendliche. Verlag Neue Kritik, Frankfurt 1976, DM 11,80) (besonders empfehlenswert!)

- ★ Wir selbst haben lange darüber diskutiert, ob wir mit dieser Serie - so wie
- ★ andere Medien es tun - auf einer Ebene mit der "Sex and Crime"-Welle Leser fangen würden (wieso sind in unserer Gesellschaft eigentlich "sex" und "crime" in so einer Gleichsetzung?). Aber wir meinen, auch - und vielleicht gerade! - eine
- ★ Schülerzeitung sollte den wirklichen Bedürfnissen und Problemen der Schüler gerecht zu werden versuchen, und zu diesen Problemen gehören sicherlich die der
- ★ Sexualität. Wir halten mehr Wissen und Aufklärung für gut und notwendig und nehmen deswegen die sicher zahlreich eintreffenden Anwürfe und Beschuldigungen in
- ★ Kauf!



Schulstrafen



Oberstes Gebot bei Schulstrafen heißt:

„Körperliche Züchtigung“

, also Prügel und Schläge, sind auf jeden Fall **verboten!**

.. außer natürlich, wenn ein Schüler zuerst den Lehrer angreift. Es gibt einen ganzen Katalog von Möglichkeiten, durch die ein Schüler von der Schule bestraft werden kann, falls er gegen die Schulordnung, das Ansehen der Schule (was mag das wohl sein) oder ähnliches Verstoßen hat. Dabei gibt es nur folgende Strafen:



Strafen über zwei Stunden Arrest, müssen ebenfalls von der Klassenkonferenz, an der auch der Klassensprecher teilnehmen kann, ausgesprochen. Auch sie muß der Direktor den Eltern melden. Es ist oft üblich, automatisch nach 3 Warnungen die erste Rüge, nach mehreren Rügen einen Tadel usw. usw. auszusprechen.

1. Ordnungsmaßnahmen

2. Schulstrafen

Warnung

- wird vom Lehrer ausgesprochen (formlos, mündlich)



Rüge

- ist eine Eintragung ins Klassenbuch durch den Lehrer

Tadel

- auch, der wird vom Lehrer ins Klassenbuch geschrieben und auch an die Eltern weitergemeldet



Arrest

- eine Stunde verhängt der Lehrer, zwei muß der Direktor aussprechen; auf jeden Fall erfolgt aber eine Benachrichtigung der Eltern



Verweis

- spricht die Klassenkonferenz aus und wird vom Direktor an die Eltern gemeldet.

Androhung der Verweisung

- wird von der Gesamtschulkonferenz ausgesprochen und vom Direktor den Eltern mitgeteilt.

Entlassung

- wie bei der Androhung der Verweisung

Verweisung

- wie bei der Androhung der Verweisung

Sowohl bei der Entlassung als auch bei der Verweisung muß man die Schule verlassen; man kann jedoch bei der Entlassung auf eine andere Schule gleichen Typs wechseln, was bei der Verweisung nur in Ausnahmefällen möglich ist.

Die höchste Schulstrafe bei Schulpflichtigen ist der befristete Ausschluß vom Unterricht.

Wichtig

Das Oberverwaltungsgericht hat kürzlich festgestellt, daß es zur Zeit keine Rechtsgrundlage für die Verweisung gibt, da ihre Auswirkungen auf den Schüler noch nicht genug bekannt sind.

Der Kultusminister hat daher verfügt, daß die Androhung der Verweisung und die Verweisung selbst vorerst nicht mehr ausgesprochen werden soll, stattdessen soll nur noch die Entlassung und die Androhung der Entlassung möglich sein.

Alle Schulstrafen sollen aufeinander aufbauen, das heißt zunächst die kleineren Ordnungsstrafen, dann die schweren und erst dann die Schulstrafen. Außerdem soll die Strafe der jeweiligen Tat angemessen sein.

zum Merken

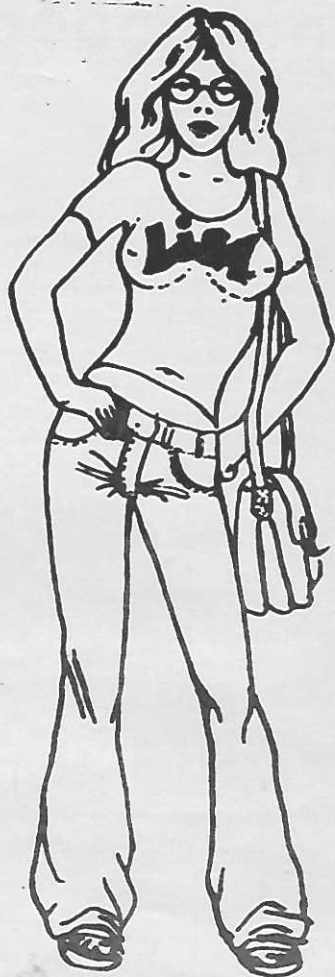
Schulstrafen bauen aufeinander auf. Eine Verweisung wird zur Zeit nicht ausgesprochen. Fortsetzung folgt !



LISA —
CONTACT —
ADRESSE:

*Jürgen Klein
Am Sonnenufer 7*

5760 Arnsberg 1



Coupon:

Ich möchte mitarbeiten

Schickt mir Informationsmaterial

Ich will von Euch nichts wissen!

Meine Anschrift: (Name, Vorname)

{ Straße, Hausnr. } (PLZ, Ort)